

Irreführende Plan-Bilanz

Auftakt für SED-Parteitag: Ulbricht will sich rechtfertigen

Das vergangene Wochenende hat den Wirtschaftsfunktionären der Zone eine nicht geringe Überraschung gebracht: Ulbricht gab endlich die seit Mitte Januar laufend verschobene Bilanz des ersten SED-Fünfjahresplanes bekannt. Aber bereits die Begleitumstände dieser Bekanntgabe ließen auf die tiefere Absicht schließen. Am 24. März beginnt die 3. Parteikonferenz der SED. Ihr Hauptthema lautet: „Der 2. Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR.“ Ulbricht will also den neuen Fünfjahrplan zur Durchsetzung jener Ziele benutzen, mit denen er nach der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 gescheitert ist. Das erfordert eine Rechtfertigung seiner bisherigen Wirtschaftspolitik. Sie liegt vor uns, verschleiert und gefälscht.

Gehen wir mit den Tatsachen zurück. Auf dem III. SED-Parteitag im Juli 1950 gab Ulbricht den I. Fünfjahrplan 1951 bis 1955 bekannt. Ziel dieses Planes war die „sozialistische Umgestaltung“ des Landes, die man damals noch etwas vorsichtiger umschrieb.

Die SED ging bereits damals, im Juli 1950, von einer endgültigen Spaltung Deutschlands aus. Die natürliche und logische Wirtschaftsstruktur des alten Deutschen Reiches, die auch heute noch für Gesamtdeutschland Gültigkeit besäße, wurde von ihr als „kapitalistische Disproportion“ bezeichnet. Es wäre logisch gewesen, beide Teile Deutschlands unter Verzicht auf die politische Spaltung wirtschaftlich zusammenarbeiten zu lassen. Im Ruhrgebiet saß die Schwer- und Grundstoffindustrie, im Osten lagen die Leichtindustrie und die damals für das ganze Land wichtigen Braunkohlengruben. Die SED aber wollte ein eigenes „Ruhrgebiet“. Sie wollte Westdeutschland „wirtschaftlich überwinden“. Es waren Disproportionen der Vernunft.

Heute sieht man jene Juli-Thesen Ulbrichts in höchstem Licht. Ulbricht sah bereits damals seine Armee, für die er eine Rüstungsindustrie benötigte. Der Zusammenschluß des Ostblocks war bereits beschlos-

sen, als man im Westen noch das Schicksal der Tschechoslowakei beklagte. So lief der I. Fünfjahrplan an: Verdoppelung der industriellen Bruttoproduktion gegenüber 1936, Garantie eines normalen Lebensstandards auf der Grundlage des Jahres 1936, darunter Aufhebung der Rationierung usw. Das Kopfschütteln der Fachleute wird heute von der SED gerne anders ausgelegt. „Sie haben nicht geglaubt, daß wir es schaffen!“ erklärt die Ostpresse in den Kommentaren dieser Tage. Das ist Unfug. „Schaffen“ kann man viel, nur der Preis ist die Frage.

Laufende Planänderungen

Es wäre sinnlos, die gescherten Plan-Prozentziffern von 1950 rückschauend zu vergleichen. Dieser Fünfjahrplan ist laufend korrigiert worden. Im Juli 1952 verkündete Ulbricht den „Aufbau des Sozialismus“ und ließ den Plan entsprechend revidieren. Die Folge war ein radikaler Abbau der Leicht- und Konsumgüterindustrie zugunsten der Schwer- und Grundstoffindustrie, die zu jener Situation führen mußte, die einen Juni-Volksaufstand heraufbeschwor. Nun kam der „Neue Kurs“ mit neuerlichen Planänderungen. Bis heute war es nicht möglich, den Umfang dieser Revision zu erfahren. Fest-

steht auf Grund der ökonomischen Tatsachen nur, daß es eine Scheinrückkehr zu den alten Planziffern gewesen ist.

Bereits im Herbst 1954 erhielten Schwerpunktbetriebe der Zone neuerliche Planänderungen, die im Sommer 1955 durch weitere Verschiebungen zugunsten der Schwerindustrie ergänzt wurden. Die Armee und die aggressive Deutschlandpolitik der Kommunisten bestimmten den Charakter der Volkswirtschaft. Heute weiß niemand mehr, welche Änderungen am Gesamtplan vorgenommen worden sind.

Zahlen ohne Kolorit

Die jetzt bekanntgegebenen Planerfüllungsprozente sind für den Nichteingeweihten ohne Kolorit. Es heißt: Die industrielle Bruttoproduktion sei gegenüber dem Stand von 1936 verdoppelt worden. Eine zahlenmäßige Aufschlüsselung aber liegt nicht vor.

Es werden der Aufbau bzw. die Rekonstruktion von 25 Schwermaschinenbaubetrieben genannt. Nicht genannt wird der Preis, den die Zonenbevölkerung dafür zahlen mußte. Eine übereilte Planung sorgt dafür, daß diese Betriebe für den Staat auch im kommenden Plan kaum Gewinn abwerfen. Interessant sind die von Ulbricht wohlweislich zitierten Einbußen durch den „Neuen Kurs“: Bei Erikketts, Eisenerz, Rohstahl, Walzstahl, kalz. Soda, Atznatron und Kalziumkarbid wurden die Planziffern nicht erfüllt. Dieses Eingeständnis soll den Naiven sagen: Seht, man darf das schwerindustrielle Programm der Partei künftig nicht mehr stören.

Das andere sind Vergleichszahlen gegenüber 1950. So wurde die Produktion von Nähma-

(Fortsetzung Seite 7)

Edens Reise

DT. Edens Reise zu Eisenhower sollte eine Klärung der britisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten bringen über gewisse Probleme des Nahen und Fernen Ostens; sie sollte also eine Aussprache über interne Probleme zwischen London und Washington sein. Was aber dabei herausgekommen ist, das ist eine indirekt an die Sowjetunion gerichtete Resolution, also eine gemeinsame Antwort auf die diplomatische Offensive Bulgariens. Das Abschlußkommuniqué des Washingtoner Treffens und mehr noch die demonstrative Grundsatzerklärung bekunden die untrennbare amerikanisch-britische Zusammenarbeit und weisen energisch alle sowjetischen Versuche zurück, Keile in diese Gemeinsamkeit zu treiben, ohne die sowohl Frieden als auch Sicherheit Europas nicht mehr gewährleistet wären.

Europa — das bedeutet hier das insulare und das kontinentale Westeuropa. Englands Bindungen zum Kontinent sind enger als je zuvor; eine englisch-amerikanische Bindung ist heute eine europäisch-amerikanische Bindung. Das müßten die Sowjets erkennen. Sollten sie ihr Bedürfnis, Keile in westliche Gemeinschaften zu treiben, künftig so zu befriedigen versuchen, daß sie den Keil innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft ansetzen, um etwa wieder den Kontinent von der britischen Insel zu isolieren, so könnte ihnen auch dieses Vorhaben nicht gelingen. Eindeutig haben Eisenhower und Eden die Übereinstimmung ihrer Europapolitik hervorgehoben. Hier bedurfte es nicht erst der Klärung von Meinungsverschiedenheiten. Wohl aber war es im Hinblick auf alle etwaigen sowjetischen Hoffnungen richtig, daß jetzt die beiden Staatsoberhäupter ihre unveränderte Meinung über das Deutschlandproblem — und damit ausdrücklich über das Berlinproblem — wiederholten.

Besteht zwischen Eisenhower und Eden Einmütigkeit über Europa sowohl im Grundsätzlichen als auch im politischen Detail, so bleiben im außer-europäischen Raum manche Ein-

zelfragen zwischen Amerika und England ungeklärt. Vor allem betrifft das Rotchina, wo allerdings keine unmittelbare Übereinstimmung der seit Jahren verschiedenen Standpunkte zu erwarten war. Offenherzig wurde im Kommuniqué vom Fortbestand „einiger Meinungsverschiedenheiten“ gesprochen. Wesentlich aber ist die gemeinsame Unterstützung des südostasiatischen Verteidigungspaktes. Das gleiche gilt im Nahen Osten für den Bagdad-Pakt. Für dieses Gebiet wurde zwar in Washington auch keine entscheidende Regelung getroffen, doch immerhin eine besondere Konferenz

unter Einbeziehung Frankreichs beschlossen, was fraglos eine verbesserte Position des Westens gegenüber der hier besonders aktiv gewordenen Sowjetpolitik bedeutet und nicht ohne Wirkung auf die arabischen Staaten bleiben dürfte. China- und Palästina-Problem blieben ungelöst, doch der grundsätzliche britisch-amerikanische Wille zur Zusammenarbeit gibt Grund zu neuen Hoffnungen. Das Wesentliche des Zusammentreffens aber ist das Bekenntnis Eisenhower und Edens zu den Verteidigungssystemen des Westens in Europa und Asien.

10 Jahre „Hier RIAS Berlin“

Berlin (Eigenbericht). Namhafte Persönlichkeiten des politischen Lebens haben in einer Feierstunde im Konzertsaal der Berliner Hochschule für Musik das Jubiläum des RIAS gewürdigt. Der amerikanische Botschafter Dr. Conant hob hervor, daß die Aufgabe des RIAS erst mit der Wiedervereinigung Deutschlands erfüllt sei. Insofern müsse man es am Jubiläumstage bedauern, daß der Sender noch weiterbestehen wird.

Die Glückwünsche der Bundesregierung überbrachte Bundesminister Jakob Kaiser. Er bekundete die unverbrüchliche Verbundenheit mit den 17 Millionen Menschen in der Sowjetzone, für die der Rundfunk eine wesentliche Brücke zum freien Westen sei. Gerade jetzt hätten die Terrorurteile des Obersten Sowjetzonenrichters gezeigt, wie unhaltbar die Situation unseres Landes und unseres Volkes ist. „Der RIAS hat uns stets ermöglicht, als Deutsche zu Deutschen zu sprechen“, betonte Kaiser.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, hob hervor, daß der RIAS dazu geholfen habe, die Fronten zu klären.

An die Zeit der Berliner Blockade erinnerte Bürgermeister Franz Amrehn in seiner Festansprache. Seit die Wagen des RIAS während der Stromsperrungen durch die Stadt gefährdet sind, um die Berliner mit Nachrichten zu versorgen, sei der Sender zu einem Stück Berlin geworden.

DT. Daß der RIAS heute noch so kräftig existiert, ist vor allem der sowjetischen Politik in der Zone zu danken. Denn erst dieser latente Druck gegen selbständige Gedanken und alle jene, die sie aussprechen, hat das Bedürfnis für einen solchen Sender geschaffen. Damals, im Februar 1946, lag diese Entwicklung noch im Nebel. Als die Amerikaner den Sender gründeten, hatten sie nur allgemeine Erziehungsvorstellungen. Heute dagegen ist der RIAS zu einem Mund geworden, der weit hineinruft in den anderen Teil Deutschlands. (Leider nur, soweit es die Störsender, die Signale des schlechten Gewissens, erlauben.) So ist RIAS eigentlich kein Berliner Lokalsender mehr, so gern er auch hier gehört wird. Aber gerade diese Entscheidung war wichtig, denn sie kam der Zone zugute. Dort braucht man jene immer neuen Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Ideologie fast wie das tägliche Brot. Dort klammern sich Millionen Menschen an die direkte, verständnisvolle Zusprache, an der es die westdeutschen Sender fehlen lassen.

Von den vielen bei einem Jubiläum möglichen Zahlen nur eine: über eine Million Hörerbriefe sind im Laufe der zehn Jahre eingegangen. Und jeder Brief aus der Zone wiegt dabei dreifach. RIAS hat sie sich als Informant, als Berater, als Mit-Empfänger erworben. Aber auch — man soll das nicht unterschätzen — als unterhaltender Sender.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Erster Sowjet-Protest in Bonn

Es geht um die US-Ballons — Sorin bei Hallstein

Moskau (AP/DPA). Die Sowjetunion hat die deutsche Bundesregierung in einer Note aufgefodert, das Auflassen amerikanischer Ballons vom Gebiet der Bundesrepublik zu verhindern. Ähnliche Proteste hatte die Sowjetunion bei der amerikanischen und bei der türkischen Regierung erhoben.

In der Note an die Bundesregierung, die der sowjetische Botschafter Sorin in Bonn Staatssekretär Hallstein überreichte, heißt es, Bundeskanzler Adenauer habe dem sowjetischen Außenminister Molotow während seines Moskauer-Besuches im Herbst versprochen, die Ballonfrage mit den USA zu erörtern. Inzwischen habe sich aber die Zahl der amerikanischen Ballons

Großer Staatsbesuch in Bonn

Segni und Martino beim Kanzler — Abmachungen mit Italien

Bonn (AP/DPA). Der italienische Ministerpräsident Segni und sein Außenminister Martino waren zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in Bonn. Zu ihrem Empfang auf dem Bahnhof hatten sich Bundeskanzler Dr. Adenauer, Außenminister Dr. v. Brentano, Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard und zahlreiche andere Vertreter der Bundesregierung und der Behörden eingefunden. Segni sagte nach der Begrüßung, er erhoffe sich von diesem Besuch eine Vertiefung der Beziehungen zwischen Bonn und Rom.

In Besprechungen mit Adenauer, v. Brentano und Erhard sollen Möglichkeiten gesucht werden, die traditionellen Bindungen zwischen Deutschland und Italien zu verbessern. Im

Mittelpunkt der kommenden Gespräche stehen Fragen eines deutsch-italienischen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsabkommens, deutsche Investitionen beim Wirtschaftsaufbau Südtaliens und neue Initiativen beider Länder zum engeren Zusammenschluß des freien Europas.

Hoover jr. in Berlin

Berlin (Eigenbericht). Der stellvertretende US-Außenminister Herbert Hoover jr. hat in Berlin versichert, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein wesentliches Ziel der amerikanischen Außenpolitik bleiben werde. Er betonte: „Wir werden uns nicht davon abhalten lassen, tatkräftig dieses grundsätzlich wichtige Ziel unserer Außenpolitik anzustreben.“

Der Senat gab einen Empfang für den stellvertretenden US-Außenminister, der sich bei dieser Gelegenheit in das Goldene Buch der Stadt Berlin eintrug. Mr. Hoover jr. unternahm auch eine Rundfahrt durch Ost- und Westberlin.

John bleibt in Haft

Karlsruhe (AP/DPA). Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Otto John, bleibt weiterhin in Haft. Diese Entscheidung, die der Bundesgerichtshof nach einem gesetzlich vorgeschriebenen Haftprüfungsverfahren traf, wird damit begründet, daß nach wie vor Fluchtverdacht bestehe.

Versicherungsamt nach Berlin

Bonn (AP). Das Bundesversicherungsamt — das Aufsichtsamt für die Sozialversicherungsträger — wird in Berlin errichtet. Der Sozialpolitische Ausschuß des Bundestages beschloß, eine entsprechende Bestimmung in das Gesetz über die Einrichtung des Bundesversicherungsamtes aufzunehmen.

Geschwindigkeits-Begrenzung kommt

Eine Ankündigung Seebohms — Künftig „Mopedkarten“

Heilbronn (AP). Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm hat in Heilbronn im Anschluß an eine Konferenz der Verkehrsminister aller Bundesländer vor der Presse die Einführung von generellen Geschwindigkeitsbeschränkungen in geschlossenen Ortschaften angekündigt.

In der Frage der Einführung der Führerscheinplicht für Mopeds sei man zu der Überzeu-

nicht verringert, sie sei im Gegenteil noch größer geworden. Die Bundesrepublik habe sich alle Folgen dieser Ballonaktion zuzuschreiben.

Washington (AP). Der sowjetische Protest bezieht sich nach Ansicht des US-Außenministeriums auf Wetterballons, die die amerikanische Luftwaffe laut Ankündigung vom Januar in Vorbereitung des internationalen geophysikalischen Jahres in Europa aufsteigen lassen will. Die großen Wetterballons der US-Luftwaffe führen Wetterinstrumente, Kameras und Vorrichtungen zur Messung der kosmischen Strahlen mit sich. Die Ergebnisse werden zu den Erd-Beobachtungsstellen gefunkt. (Siehe Seite 4.)

gung gekommen, daß der Führerschein IV für diese Fahrzeuge nicht geeignet sei. Es werde vielmehr an eine „Mopedkarte“ gedacht, die durch einfache Unterrichtung und Prüfung des Mopedfahrers erworben werden könne. Vor dem Herbst sei mit der Einführung solcher Mopedkarten aber nicht zu rechnen. Die Kennzeichnungspflicht für Mopeds werde jedoch wahr-

scheinlich schon früher kommen, ein entsprechender Verordnungsentwurf liege bereits beim Bundesrat.

Die Ballonaffäre

DT. Die sowjetischen Ballonproteste vermischen absichtlich zwei Vorgänge, die nichts miteinander zu tun haben: denn es wird gleichzeitig gegen die großen amerikanischen Wetterballons und gegen die kleinen Flugblattballons protestiert, die das sogenannte „Komitee Freies Europa“ als Privatorganisation zugegebenermaßen seit zwei Jahren in den polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Luftraum entsendet, nicht aber mit russischen Texten in den sowjetischen.

Bisher haben sich die Sowjets gehütet, allein gegen die Flugblattballons zu protestieren, da umgekehrt aus östlicher Richtung ganze Waggonladungen von rotem Propagandamaterial in das Bundesgebiet illegal eingeschleust werden. Auch kann man nicht gegen Flugblattballons überzeugend protestieren, wenn man offensichtlich nichts unternimmt, um zu verhindern, daß der kommunistische Sicherheitsdienst im Berliner Ostsektor — für den die Sowjets verantwortlich sind! — Menschenraub organisiert und Berufsverbrecher mit entsprechendem Auftrag nach Westberlin schickt. Dagegen schien es den Sowjets nun opportun, die unschuldigen Wetterballons der Amerikaner in den Verdacht der Spionage zu bringen, sie den Flugblattballons anzugliedern und nun empörte Noten loszulassen. Wobei es ihnen natürlich nicht um

die Wetterballons und die Flugsicherheit geht (der Flugverkehr wurde, wie erinnerlich, bisher nur gelegentlich durch sowjetische Jäger über der Zone gestört), sondern um ein Verbot der Flugblattballons, die das freie Wort in die Satellitenländer bringen wollen.

Gleichzeitig soll mit der Sowjetnote an die souveräne Bundesregierung diese gegenüber den Amerikanern in Schwierigkeiten gebracht werden. Das aber ist nicht gelungen, weil Dulles schon von sich aus gewillt ist, die Wetterballons, für die Washington verantwortlich ist, künftig nicht mehr loszulassen, obgleich er das Völkerrecht auf seiner Seite hat. Diese Haltung des US-Außenministers beweist nur den militärischen und politischen Unwert der Wetterballons. Übrig bleibt also die Affäre der Flugblattballons, — und hier, wie gesagt, dürfte man mit interessierter Gelassenheit einem eventuellen ost-westlichen Notenwechsel entgegensehen, bei dem für die Sowjets und ihre Freunde sehr viele unangenehme Dinge zur Sprache kommen würden. Zunächst hat Moskau eine, gelinde gesagt, isolationistische Haltung gezeigt, die das genaue Gegenteil dessen ist, was unter dem vielbeschworenen internationalen Austausch von Wissenschaft und Forschung verstanden wird, dem die Wetterballons im geophysikalischen Jahr dienen wollten.

Max Reimanns Sohn geflüchtet

Berlin (AP/DPA). Der 31jährige Sohn des westdeutschen KP-Chefs Max Reimann, Hugo, ist aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik geflüchtet. Vom Bundesvertriebenen-Ministerium wurde in Bonn bestätigt, daß er vor etwa zehn Tagen im Notaufnahmelager Gießen eingetroffen ist.

Wie der Untersuchungsausschuß freier Juristen erklärt, habe Reimann sich seit langem überwacht gefühlt und sei dann nach Westdeutschland geflohen, als man ihn vor seiner bevorstehenden Verhaftung warnte. Nach seiner 1948 erfolgten Entlassung aus sowjetischer

Kriegsgefangenschaft hatte er sich zunächst in Düsseldorf niedergelassen, sich dann aber auf Anraten seines Vaters in die Zone begeben. Dort bekleidete er nacheinander höhere Posten, wurde 1954 seiner Ämter enthoben und aus der SED ausgeschlossen, weil er „Umgang mit kapitalistischen Elementen“ pflegte und die Tochter eines privaten Unternehmers heiratete. Hugo Reimann habe sich, wie auch zwei seiner in Westdeutschland lebenden Schwestern, von seinem Vater losgesagt, als er von dessen Rolle bei der Verurteilung seines Bruders Josef von einem Zonengericht zu 15 Jahren Zuchthaus erfuhr,

Vorstoß Sorins?

Washington (AP). Bundesaußenminister von Brentano hält es für „möglich, ja sogar wahrscheinlich“, daß Sowjetbotschafter Sorin in Bonn die Wiedervereinigungsfrage anschnitten wird.

Wie Brentano in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „US News and World Report“ erklärte, werde die Bundesregierung einem solchen Gespräch nicht ausweichen, jedoch keinen Zweifel lassen, daß sie zu zweiseitigen Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung, also ohne Hinzuziehung der Westmächte nicht bereit sei.

Nach Auffassung des Außenministers besteht eine Chance für die Wiedervereinigung darin, daß die Sowjetunion in „dieser deutschen Schicksalsfrage“ ein echtes Entgegenkommen zeigt und dafür das von ihr angestrebte europäische Sicherheitssystem erhält.

Moskau entschuldigt sich

Oslo (AP/DPA). Die Sowjetunion hat sich in einer Note an die norwegische Regierung indirekt wegen der Anwesenheit sowjetischer Heringslogger im Aalesund entschuldigt und erklärt, die Zwischenfälle seien nur auf ein „bedauerliches Mißverständnis“ zurückzuführen. Die sowjetischen Fischer hätten Anweisung, außerhalb der Viermeilenzone der norwegischen Hoheitsgewässer zu bleiben; einige Fischer hätten aber vermutlich Navigationsfehler gemacht.

In Oslo wird angenommen, daß die Kapitäne der im Aalesund „an die Kette“ gelegten Fischdampfer die Geldbuße bezahlen werden, die ihnen die Hafenbehörden auferlegt haben.

KP-Mehrheit gebrochen

Bremen (AP). Die bisherige kommunistische Mehrheit im Betriebsrat des Bremer Hafenbetriebsvereins ist jetzt gebrochen worden. Bei den Neuwahlen zum Betriebsrat am Wochenende wurden acht Nichtkommunisten und sieben Mitglieder gewählt, die der KP angehören oder mit ihr sympathisieren. Dem bisher 17köpfigen Betriebsrat gehörten zehn Kommunisten an.

So sind sie wirklich:

„Die Theorie stimmt, die Praxis muß sich fügen“

FRED OELSSNER



Im Oktober 1946 orakelte ein kleiner Schulungsreferent der Ostberliner SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg vor jungen Parteimitgliedern über die Chancen und Tendenzen eines bald heranbrechenden Sozialismus im sowjetischen Besatzungszonengebiet. Er setzte diesen Sozialismus für etwa 1950 an. Als im Juli 1950 der III. SED-Parteitag wieder auseinandergeht, steht der „Sozialismus“ für die Menschen der Zone noch in weiter Sicht. Der Mann aus Prenzlauer Berg aber, Fred Oelßner, ist in die drei Schlüsselpositionen eines souveränen Kommunisten aufgerückt: Er ist Mitglied des soeben geschaffenen Zentralkomitees, des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED. Aber den Sozialismus prophezeit er nach wie vor: „Der hat sich nur verspätet!“

Diese theoretische Beharrlichkeit, die ihm jetzt den Posten des Hauptverantwortlichen für die Versorgung der Zivilbevölkerung eintrug, hat Oelßner aus Moskau mitgebracht. Der Sohn eines Leipziger SPD-Sekretärs trat bereits 1917 mit vierzehn Jahren einer USPD-Jugendgruppe bei und stieß 1920 zur neugegründeten KPD. Als Bezirksleiter des KJV Halle/Merseburg stellte er dem Mitteldeutschen Aufstand Ulbrichts 8000 ausgebildete Rotfrontkämpfer zur Verfügung, von denen folgerichtig einige Hundert auf der Strecke bleiben mußten.

Wesentlich abgeklärter wirkte er dann bis 1926 an KP-Zeitungen als politischer und Wirtschaftsredakteur. Das Ulbricht-Abenteuer hatte ihm zuvor durch Hochverratsverfahren des Leipziger Reichsgerichts ein Jahr Gefängnis eingebracht.

In Moskau

1926 wird Oelßner nach Moskau berufen. Thälmann war auf ihn aufmerksam geworden und wollte ihn nach dreijähriger Ausbildung auf der Lenin-Schule als Chef der Parteiattribution. In Moskau gerät Oelßner in den Trubel von Stalins Anti-Trotzki- und Bucharin-Aktionen. Als Sekretär einer

deutschen Studentengruppe tet er erbarmungslos unter den deutschen „Trotzkisten“. Stalin selbst spricht ihm seinen Dank aus und behält ihn drei weitere Jahre auf der Parteiuiversität.

Oelßners Rückkehr fällt fast zusammen mit Hitlers Macht ergreifung. Der nicht nur ökonomisch geschulte Moskau-Student erweist sich als überlegener Konspirateur. Hunderten leitender Kommunisten rettet er das Leben. Schlesische KP-Leute bringen ihn schließlich nach Prag. 1935 geht er endgültig ins Moskauer Exil.

Jetzt wird er an der Lenin-Schule Assistent. Aber 1937 müssen sie ihn dort wegen „ideologischer Verfehlungen“ entlassen. Er bezweifelte die Spantaneität der Massen als revolutionärbildenden Faktor, in die er auch heute noch keine wesentlichen Hoffnungen setzt: „Ein Agitator, der sein Werk versteht, ist besser als zehn ‚Radau-Revolutionäre‘!“

Bis 1940 „bewährt“ sich der aus Moskau exmittierte Oelßner in einer bjelorrussischen Papierfabrik. Die Parteihistorie sagt dazu: „Er hatte aber auch Gelegenheit, die sozialistische Wirtschaftsführung in der Praxis kennenzulernen!“ Es ist dies bis heute seine einzige Praxis geblieben...

Die Propagandaabteilung der IV. Armee holt ihn bei Kriegs-

ausbruch zur Deutschland-Abteilung des Moskauer Rundfunks. Oelßner wird der beste Kriegspropagandist der Sowjetseite. Am 1. Mai 1945 steht er zum ersten Male nach fast zwölf Jahren wieder auf dem Ostberliner Helmholtzplatz. Den friedenden Massen verkündet Oelßner die Lehre eines heranbrechenden Sozialismus. Wilhelm Pieck, im weißen Sotschi-Anzug der prominenten Krim-Unlarber, holt ihn persönlich in einem klapperigen „Adler“ mit russischer Kenn-Nummer ab. Oelßner steht für die Partei im damals wichtigsten Ostberliner Bezirk: Prenzlauer Berg. Er organisiert das erste Parteischulungsexperiment: Die Wiedereinführung der KJV-Bildungsabende und der Kreisparteschulen. Wenn die „Großen“ reden, bleibt er bescheiden im Hintergrund. Nur seine Referate sind Fanfarenrufe: „Der Sozialismus ist auch in Deutschland, sogar in einem Teile Deutschlands, möglich. Wir werden es beweisen!“

Ulbrichts treuester Paladin

Ulbricht weiß, warum er Oelßner 1950 die drei wichtigsten Partei-Schlüsselpositionen übergibt. Oelßner entwirft das Programm vom Aufbau des Sozialismus für den SED-Sekretär. Als es 1952 verkündet wird, ahnen weder Ulbricht noch Oelßner den 17. Juni und den kommenden Niedergang.

Ulbricht kapituliert nicht und Oelßner beharrt auf seiner Theorie. Im Juli 1953 wird Oelßner Sekretär des Zentralkomitees. Dann Stellvertretender Ministerpräsident. Eine Unzahl Funktionen versetzt ihn in die Lage, auf alle Zweige der Wirtschaft einzuwirken. Ende 1955 wird er Leiter der Regierungskommission für Fragen der Versorgung und Konsumgüterproduktion. Der Lebensstandard der Zonenbevölkerung liegt in seiner Hand.

Das Orakel steht böse. Oelßner hat keine Praxis. Aber er meint: „Die Theorie stimmt, die Praxis muß sich fügen!“ Ob sie das tut, werden die Menschen in der Zone bald erfahren...

Pankower Justiz entlarvt

Terrorurteile auf Lügen aufgebaut — Zeugen sagen aus

Bonn (Eigenmeldung). In Bonn haben sich drei Zeugen gemeldet, zu dem aufsehenerregenden Schauprozess in Ostberlin auszusagen, bei dem zwei Bewohner der Zone wegen angeblicher „Abwerbung“ zum Tode verurteilt worden waren. Die drei früheren Zonenbewohner, die, wie das Gericht behauptete, von einem der Verurteilten, Rudert, angeblich veranlaßt worden sind, ins Bundesgebiet überzusiedeln, versicherten vor der Presse, sie hätten aus freien Stücken die Sowjetzone verlassen, weil sie das dortige System nicht mehr ertragen konnten.

Die drei Ingenieure, Paul Knobelsdorff, Herbert Musiolek und Otto Becker, erklärten übereinstimmend, sie seien von Rudert niemals aufgefordert worden, ins Bundesgebiet zu gehen, wie es ihm in der Anklageschrift vorgeworfen worden ist. Musiolek wies darauf hin, daß er schon im Dezember 1953 mit seiner Familie nach Westdeutschland gekommen sei. Den Anstoß zu seiner Umsiedlung habe damals die Tatsache gegeben, daß seine 14jährige Tochter die Schule verlassen mußte, weil sie sich weigerte, eine falsche Beschuldigung zu unterschreiben, außerdem habe das Spitzelunwesen in dem Betrieb, in dem er zusammen mit den beiden anderen Ingenieuren beschäftigt war, überhand genommen.

Die Todesurteile bezeichnete Musiolek als einen „ungeheuren Justizmord“. Becker erklärte, man habe ihm als Abteilungsleiter zugemutet, unter den Arbeitern für die Volkspolizei zu werben. Seine Übersiedlung nach Westdeutschland, die er mit einem gültigen Interzonenpaß vorgenommen habe, könne schon aus zeitlichen Gründen nicht mit

Ruderts Verhaftung und dem nachfolgenden Prozeß zusammenhängen.

Wien schließt Propagandazentrale

„Weltgewerkschaftsbund“ muß ausziehen

Wien (AP). Das österreichische Innenministerium hat die Auflösung des Hauptquartiers des kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Wien angeordnet. Der Bund muß seine Arbeit in Österreich nunmehr einstellen.

Die Entscheidung wurde damit begründet, daß sich die Tätigkeit des Bundes gegen die österreichischen Interessen richte. Die Organisation habe ferner ihre Befugnisse überschritten und die österreichischen Gesetze verletzt.

Der Weltgewerkschaftsbund, das Gegenstück des westlichen „Internationalen Bundes freier Gewerkschaften“, ist eine Zusammenfassung der kommunistisch orientierten Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder. Er verletzte in der Zeit der Viermächte-Besetzung sein Hauptquartier nach Wien, nachdem er aus Frankreich wegen seiner gegen die Interessen anderer Staaten ge-

Zuchthaus auch für Ingeborg Rudert

Berlin (AP). Wegen „aktiver Unterstützung“ ihres kürzlich vom Obersten Gericht der Sowjetzone zum Tode verurteilten Ehemannes Werner Rudert hat das Bezirksgericht Erfurt die 26jährige Ingeborg Rudert zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sie soll ihrem Mann bei der „Abwerbung“ qualifizierter Fachkräfte geholfen haben.

richteten Tätigkeit ausgewiesen worden war. In Wien wurde ein Sekretariat größten Ausmaßes eingerichtet und zu einer Zentrale für die Lenkung der Propaganda im Ausland aufgebaut.

Der österreichische Innenminister Helmer äußerte zu der Auflösung, jeder ausländische Besucher sei in Österreich willkommen. „Wir müssen aber verlangen, daß die Ausländer während ihrer Anwesenheit in Österreich sich strikte jeder Tätigkeit enthalten, die unsere Beziehungen zu anderen Ländern stören könnte. Wer sich an diesen Grundsatz nicht hält, hat das Gastrecht verwirkt.“

In Wien befindet sich ferner — ebenfalls aus der Viermächtezeit — die Zentrale des sogenannten Weltfriedensrates. Es ist anzunehmen, daß die österreichische Regierung auch die Schließung der Büros anordnet.

Neue Heimkehrer-Aktion

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung hat Berichte darüber erhalten, daß die Sowjetregierung neuerdings anscheinend versucht, im weiten Gebiet der Sowjetunion alle Deutschen zu registrieren, die zurückkehren wollen.

Bundesvertriebenminister Oberländer erklärte in Bonn, nach Ansicht der Bundesregierung müßten sich in der Sowjetunion noch etwa 100 000 von den insgesamt über 600 000 Zivilpersonen befinden, die seit 1944 dorthin verschleppt wurden. Die Regierung zweifle nicht daran, daß die Sowjetregierung ihre Zusage einhalten werde, auch diese Deutschen zurückzuschicken.

Rechenschaft für Todesurteile

Thedieck warnt die Zonenrichter

Berlin (Eigenmeldung). Der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, hat in einer Stellungnahme zu den Ostberliner Todesurteilen über den RIAS erklärt, daß die Deklaration der sogenannten „Abwerbung“ als Verbrechen nur dazu dienen soll, den Flüchtlingsstrom aus der Zone einzudämmen.

Es müsse schlecht um eine Staats- und Wirtschaftsordnung stehen, wenn man in Schauprozessen unschuldige Menschen

verurteilen muß, um abschreckende Exempel zu statuieren. „Die freie Welt hat diese Absicht der sowjetzonalen Macht haber erkannt und mit aller Schärfe dagegen protestiert.“

Die Bundesregierung werde immer wieder für das Recht eines jeden Deutschen eintreten, sich in seinem eigenen Vaterland frei zu bewegen. „Wir sind davon überzeugt, daß die für diese Terrorjustiz verantwortlichen Richter eines Tages Rechenschaft über ihr Tun ablegen müssen.“

Volkspolizei besetzte Bahnhöfe

Schikanen gegen Berlin-Reisende aus der Zone

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Seit Sonnabend wird der Reiseverkehr für Bewohner der Berliner Randgebiete nach den Westsektoren erschwert. Die Bahnhöfe wurden von starken Kommandos der Volkspolizei besetzt.

Auch am Grenzübergang zwischen Wannsee und Potsdam an der Glienicke-Brücke erschien ein größeres Aufgebot von kasernierter Volkspolizei und führte die gleichen strengen Kontrollen durch. Darüber hinaus registrierten die Vopos den Verdienst, den die Sowjetzonenbewohner in Westberlin haben und die Art der Beschäftigung.

Schwerer

Grenzwischenfall

Berlin (Eigenmeldung). Einen Grenzwischenfall haben Volkspolizisten an der Sektorengrenze

Treptower Straße (Neukölln) verursacht. Der 21jährige ehemalige Volkspolizist Georg T., ein Zonenflüchtling, wurde bei einem Spaziergang mit seiner Schwägerin und deren Kindern in der Kiefholz-Ecke Treptower Straße von Vopoposten erkannt. Die Vopos drangen in den Westsektor ein, luden ihre Pistolen durch und verfolgten T., der in eine Tankstelle flüchtete.

Als ein Vopo T. im Büro stellen wollte, gab ihm der Verfolgte kurzerhand einen Kinnhaken. Der Vopo verließ fluchtartig die Tankstelle. Inzwischen hatte der andere Vopo Verstärkung herbeigeht. Ein Leutnant und zwei weitere Vopos versuchten, die Frau in den Ostsektor zu zerren. Die Überfallene warf sich zu Boden und rief um Hilfe. Daraufhin zogen sich die Vopos zurück. Als West-

berliner Polizei eintraf, waren sie bereits wieder im Ostsektor.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Irreführende Plan-Bilanz

(Fortsetzung von Seite 2)

schinen auf 271 %, von Möbeln auf 223 % und von elektrischen Haushaltsgeräten auf 314 % gesteigert. Was soll das? 1950 wurden diese Dinge ja kaum produziert.

Weiter: In der Rohstahlerzeugung wurde 1955 gegenüber 1950 eine um 45 % höhere Ausnutzung der Kapazität der Siemens-Martin-Öfen erzielt. Wer die Stahlwerke der Zone von 1950 und ihre verrotteten Anlagen kennt, wird darüber nur noch lachen. Dann: Im Schwermaschinenbau erhöhte sich die Produktion gegenüber 1950 auf 227 %. Und im gleichen Atemzug wird erklärt, daß der Schwermaschinenbau überhaupt erst nach 1951 eingeleitet wurde.

Die Leistungen des Schiffbaues stiegen gegenüber 1950 auf 329 Prozent. Wer hat vor 1950 an der Ostzonenküste Schiffe auf Kiel gelegt? Auch die Leichtindustrie-Prozente sind völlig irreal. Wenn man liest, daß die Produktion von knitterarmen Stoffen und Kona-Leder (Schweinsleder) ins Unermeßliche gesteigert wird und diese Produktion in der Gesamtziffer verrechnet wird, dann fragt man

sich schließlich, was an echten Konsumgütern, also Qualitätswaren, produziert werden durfte. Ganz abgesehen davon, daß in der Sowjetzone ein Export solcher Güter vorgenommen wird, die im Lande selbst vermisst werden.

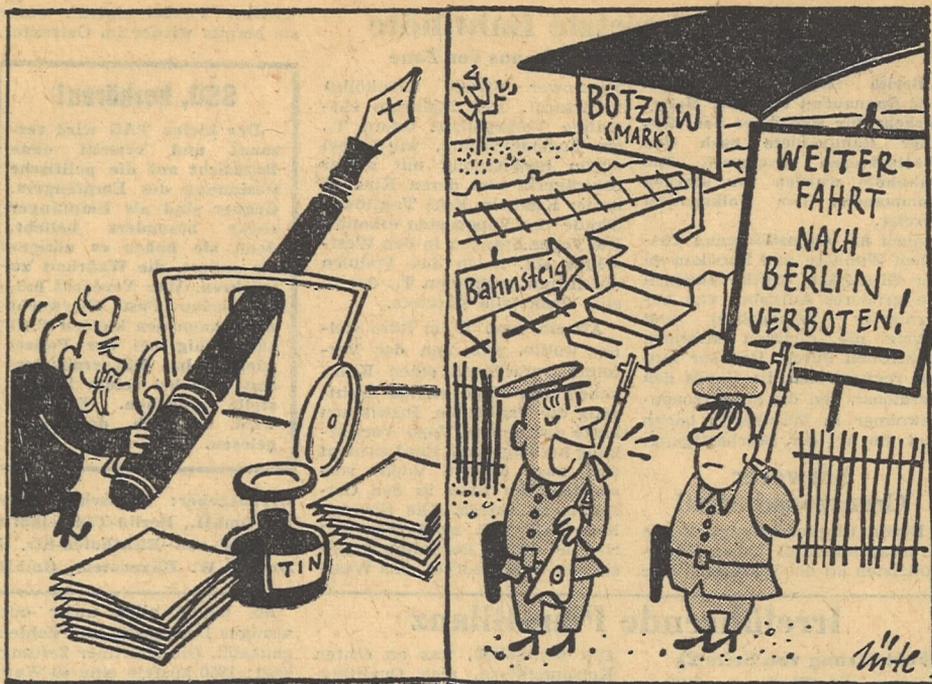
Und das tägliche Brot?

Keine Rede von der bereits für die erste Hälfte des letzten Planes versprochenen Aufhebung der Rationierung. Margarine wurde auf 396% gesteigert, Butter auf 201%, Bier auf 310% und Zigaretten auf 180%. Was soll der Mann aus Leipzig mit solchen Zahlen? Die Landwirtschaft steigerte ihre Bruttoproduktion gegenüber 1950 auf 144%. Aber: Der Plan wurde bei Getreide und Hülsenfrüchten mit 104% erreicht, sämtliche andere Kulturen blieben hinter den Planziffern zurück.

Das Transportwesen wurde im Gütertransport gegenüber 1950 auf 172% gesteigert. Das ist wenig, wenn man allein die durch den Ausbau einer dezentralisierten Schwerindustrie geschaffenen Probleme bedenkt. Der Außenhandel wurde sogar auf 280% erhöht, aber was gab es 1950 mit der Zone schon zu handeln?

So bleibt alles mehr oder weniger Demagogie und Zahlengaukelei. Die „Berliner Zeitung“ sagt: 1950 kostete eine 40-Watt-Glühlampe 7 DM, ein Pfund Weizenmehl 4,80 DM. Sind das Vergleichsmaßstäbe? Was haben diese Dinge damals im Westen gekostet und auf welchem Index steht der Lebensstandard des Sowjetzonenarbeiters heute im Vergleich zu seinem westdeutschen Kollegen?

Die Absicht der SED ist klar. Der neue Fünfjahrplan, dessen annähernde Ziffern wir im März erfahren werden, bringt der Zone ungeheuerliche Belastungen. Es ist ein Plan des „Sozialismus“, der Zwangskollektivierung und der „Nationalen Volksarmee“. Mit den hier vorliegenden Planziffern, die der Realität wie krasser Hohn gegenüberstehen, gilt es Stimmung zu machen bis zur kommenden Parteikonferenz der SED. Ubricht muß die Menschen der Zone glauben machen: Der letzte Plan war doch gar nicht so schlimm und schließlich ein großer Erfolg! Um die ungeheuerlichen Belastungen zu bagatellisieren, die die Zone 1955 bis 1960 als Ostblock-Partner auf sich nehmen muß.



Die „Bulgäninorgel“!

.... weil in Berlin Karneval ist, Genosse!“



BILD DER WOCHE: Auch sie wollen die Königin sehen. Diese kleinen Nigerier hockten sich zwischen die Beine der Polizisten, um die Vorbeifahrt Elizabeths zu erleben.